

Kleine Anfragen im Reichstage.

Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen und Vorlagen. — Die Veranlassung von Lichtspielen.

zur Verfügung stellen würde, durch den die Operationen auf dem Lande um so schneller bemerkt werden können. Welches stellt eine unzulässige Unterbrechung der einen Kriegsführenden Partei dar. Will Holland in dieser Weise seine Neutralität brechen, dann wird es bestraft sein müssen, den Mittelmächten volle Kompensation zu geben. Ob es hierzu noch in der Lage ist, nachdem es bereits viele nützliche Dinge wie Butter, Rife, Eier, Vieh, Fische usw. an England liefert, ist eine andere Frage, auf die wir in diesem Zusammenhange nicht eingehen wollen.

Die holländische Regierung ist in ihrer Vehrängnis gewiß zu bedauern. Sie kann mit allen anderen neutralen Mächten erkennen, daß wir bei unserem Ringen gegen Großbritannien und die übrigen Ententemächte nicht nur für uns kämpfen, daß wir genau so gut für die Neutralen das Ringen durchführen. Deutliches Blut zu Wunde und zur See fließt nicht nur um eines deutlichen Rechts willen, sondern um die Festigung des Rechts der ganzen zivilisierten Menschheit.

Berlin, 15. März.
Am Bundesratsstische von Krause. Vizepräsident Dr. Baalje eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Eingegangen ist der Notetat.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Soz.) befragt sich über einen Fall des

Widrauchs des Hilfsdienstgesetzes
zur politischen Verfolgung.
Oberk. v. Braun: In dem gegebenen Falle handelt es sich nicht um einen Hilfsdienstpflichtigen.

Abg. Stahl (Soz.) befragt sich darüber, daß in Spandau Schulräume für Wohnungswesen für Munitionsarbeiterinnen benutzt werden.
Generalleutnant v. Couppette: Es handelt sich um eine Notmaßnahme. Die Beschlagnahme der Schulräume zu Wohnzwecken erfolgte erst, als die Verhandlungen erfolglos verliefen. Die Beschlagnahme von mindestens 4 Quart war lediglich eine Milderung der tatsächlichen Auslagen.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) fordert Maßnahmen zum Schutze der Berliner Bevölkerung gegen das
Schleichen auf militärische Festungslage
General v. Weisberg: Das Kriegsministerium hat angeordnet, die betreffenden Bestimmungen nachzuprüfen und sie gegebenenfalls zu ändern.

Abg. Schellermann (Soz.) fordert dringend Vorgehen gegen die Gefährdung der Maschinenfabrik Wiesbaden wegen
Verhältnisse gegen die Kriegswirtschaft.
Ministerialdirektor Schulz: Es wird auch in diesem Falle daran gehalten, daß der Begriff des übermäßigen Gewinns bestehen bleibt und daß dieser verfolgt wird.

Abg. Vogtberg (U. S.) befragt sich über die Jeniusmaßnahmen gegen die „Bergriffe Arbeiterstimme“ in Solingen.
Minister v. Berg: Die Militärzentrale hat mit diesem Falle nichts zu tun.

Abg. Kauer (U. S.) fordert gleich Behandlung aller Zeitungen hinsichtlich des Bezugs durch Feldpostkonten.
General v. Weisberg: Das Reichsamt ist in Halle hat trotz aller Mahnungen
wiederholt anreizende Mittel geschleichen,
daher das Verbot.

Abg. Kauer (U. S.) fragt ferner nach einer Verfügung des Kommandierenden Generals in Magdeburg betreffs Briefsperr.
General v. Weisberg: Durch Spionageverbrechen wird die öffentliche Sicherheit verdringlich gefährdet. Diese Anordnungen sind zu Recht.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Vp.) fordert Maßnahmen zur Sicherheit der heimlich von Kriegsgefangenen aus Sibirien.
Generalmajor Friedrich: Die Verkehrsmittel sind mangelhaft. Der Postverkehr ist durch die inneren Zustände Rußlands eingekürzt. Eine Zentralpost-Stelle in Petersburg soll eingerichtet werden. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien wird emsig vorbereitet. Ein Teil von ihnen ist schon auf eigene Faust heimgekehrt.

Abg. Bauer (Soz.) befragt sich über die Ausführung der Gas- und Elektrizitäts-Versorgung, insbesondere über die
Erhebung von Strafgeldern bei Verdrehung.
Ministerialdirektor Müller: Angeleglich des verminderten Heizwertes des Gases soll eine engherzige Anwendung der Bestimmung vermieden werden.

Abg. Bier (Soz.) wünscht Erhöhung der Gefangenen-Unterkunft, beim Ausgange an die Angehörigen.
Generalmajor von Alwert: Die Ermäßigung für die Unterkünfte, nicht für die Familienangehörigen bestimmt. In-Unterkünften finden die alten Sätze Anwendung, sie können aber nicht erhöht werden.
Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die

Kriegsangelegenheiten
Nach kurzen Ausführungen der Abg. Zimmermann (Nat.) und Kretsch (D. Fr.) wird die Vorlage in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Nachtrags-Gesetzes zum Zwecke der Bewilligung von 8 1/2 Millionen Mark zum Grundrwerb zu einem Dienstgebäude für die Zwecke der von der preußischen Hauptverwaltung der Staatsfinanzen geführten Reichsschulden-Verwaltung, sowie für Vorarbeiten zu diesem Plan.

Abg. Bretcher von Gamp (D. Fr.): Angeleglich der Vorlage der Reichsfinanzen ist diese Bewilligung zu hoch. Die Kosten werden nicht alle im Bezugsverhältnis ihrer Höhe zu haben. In den Bezirken würde man wesentlich billiger bauen. Unterstaatssekretär Dr. Jahn: Die gegenwärtigen Zustände sind unhaltbar, ein Neubau ist notwendig. Es ist nicht möglich, diese Bezüge aus Berlin zu verlegen wegen des Zusammenhanges dieser Reichsfinanzen mit anderen Bezirken.

Abg. Zimmermann (Nat.): Wir stimmen der Vorlage zu. Der Gehalte, die Trennung der preußischen Staatsfinanzen-Verwaltung von der Reichsschulden-Verwaltung durchzuführen, muß im Ausschuss weiter verfolgt werden.
Die Vorlage wird an den Hauptauschuss verwiesen.

Der Oberpräsident über den Kriegsausgleich zu den Reichsfinanzen und zu den Gehältern der Reichsbeamten und Gerichtsbeamten geht ohne Ausprägung an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung eines Entwurfs über die
Veranlassung von Lichtspielen.

Abg. Knudsch (Alt.): Im Kinowesen hat sich manches gebessert, aber alle Schäden sind noch nicht beseitigt. Die gegenwärtigen Zustände dürften nicht in die Friedenszeit hinaus bestehen bleiben. Ich beantrage Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern. Die Konzeptionspflicht ist nötig.

Abg. Schulz-Fruhl (Soz.): Es handelt sich hier um ein Verlegenheitsgesetz. Die erforderliche gesetzliche Regelung ist gegenwärtig nicht möglich.

Abg. Dr. Reichstein (F. Vp.): Das Kinowesen hat sich zu einer Gefahr für die Volksschule entwickelt. Wir wollen das Kino zu einem guten Unterrichtsmittel machen.

Abg. Wetmann (Nat.): Der Wert des Kinos läßt sich ebenso wenig betreiben, wie das Vorhandensein von Bibliotheken. In den Grundgesetzen sind wir mit dem Entwurf einverstanden.

Abg. Graf Carmer (Soz.): Das Kino ist das Theatral des kleinen Mannes. Es darf daher nur wirklich wertvolles vorgeführt werden.

Abg. v. Mumm (D. Fr.): Die spätere unerlebte Kinovorgabe von 1914 war besser. Die unzulässigen Kinos haben vielfach schädlich gewirkt.

Abg. Cohn-Nordhausen (U. S.): Wir machen unsere Zustimmung von Verbesserungen im Ausschuss abhängig.
Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 21 Mitgliedern.
Montag 2 Uhr Anträge betreffend Seereslieferungen Deutsch-russischer Friedensvertrag.

Die letzte Warnung.

Weitere holländische Presse-Außerungen.

Amsterd., 15. März. Nach Berichten aus London meldet der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“, daß England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika eine letzte Warnung an die holländische Regierung hinsichtlich der künftigen Lebensunterkunft mit den Alliierten gerichtet haben und daß, wenn o r d e m 15. März 3 hierauf keine einwilligende Antwort eingelaufen ist, die holländischen Schiffe von den Alliierten in Gebrauch genommen werden sollen.

Ein Amsterdamer Blatt berichtet, daß die Entscheidung der holländischen Regierung bezüglich der Anträge der Alliierten, die niederländischen Schiffe aus für die Fahrt in der Westsee zu erlauben, nicht in diese Woche entgegengekommen werden. Diese Entscheidung ist von politischem Interesse für die Alliierten, die eine solche Entscheidung für die zukünftige holländische wirtschaftliche Stellung von weitreichender Bedeutung ist, bemerkt und hofft, daß über den letzten Punkt der essentialen Besetzung der wiederländischen Schiffe noch ein Abwas nicht gefunden werden kann. Die beiderseitigen Erwartungen auf eine befriedigende Lösung gehen jedoch ein ziemlich pessimistisches Bild.

In seinem heutigen Blattartikel „Lond George und Hollands Lage“ erinnert das „Nieuwe van den Dag“ Lond George daran, daß, wenn in Holland Lebensmittelmangel herrsche und die Aussicht auf Hungertod bestehe, Holland die größtenteils Lond George und seinen Freunden zu verdanken habe. Ein Druck auf die niederländische Schifffahrt, die niederländischen Schiffe nicht nur an eine der kriegführenden Mächte zu verzeihen, sondern sie auch in der Sperrzone zu verzeihen, müße für die holländische Regierung durchaus annehmbar sein. Was beweist, man eigentlich in den Ländern der Alliierten mit solchen Maßnahmen gegen die neutrale Schifffahrt? So ungefahr jeden Monat verläßt man mehr oder weniger offiziell, daß die U-Boot-Gefahr bald bestritten sein werde, wenn auf den Verkehr nur läßt sich gearbeitet werde. Nun, was bedeutet denn der Meine, eine halbe Million bezugslose niederländische Schiffraum gegenüber den 10 Millionen an Tonnenmaß, welches bald abgefahrt sein würde? Sowie die „Zinnabende“ in Kopenhagen denn recht, wenn sie ihr, die, daß man beabsichtigt, die Neutralen die Kassen aus dem Feuer holen zu lassen? Warum liegen denn die französischen Schiffe noch in ihren Häfen und auch die italienischen? Wollte man sie bis nach dem Kriege sperren? Dem Worte ist auch das Gerücht zu Ohren gekommen, daß italienischerseits insbesondere gewisse Forderungen betreffs der neutralen Schifffahrt für Abrahamsmittelförderung gestellt werden seien, Forderungen, welche selbst den Charakter von Robbingen trügen. Was ist davon wahr? Wenn etwas davon wahr sei, dann würden Taten, woraus das hervorgehen müße, auf

die Neutralen denn doch noch mehr Eindruck machen als selbst die bewundernswürdigste Ausübung des Dromas von unbekannter Unternehmung und fiedelhaftem Abenteuer zu leben. Das Blatt warnt, daß man nicht zu viel auf die

einseitige Sympathie des niederländischen Volkes rechnen solle. Eine solche Berechnung könnte folglichen. Symphonie in der Internationalen hielt nur selten gegen einen hungrigen Magen stand.

Unter der Tropenzone.

Roman von Etia Gruppe-Vöcher.

35. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Da begann Herbert, auf ihre Fragen zu antworten, zu berichten, zu erzählen, was es alles in diesen Tagen gearbeitet, übersehen, antworten hatte. Sie empfand, daß er anstrengenden Tagen entgegengegang, daß schwere Wunden hinter ihm lagen. Aber er hatte sich nicht niederlegen lassen und er sah allem Sturm seit ins Auge in unerschütterlicher, stielbenheit, erschlagen Ringen um seine Gefährtin. Das war ein anderes Arbeiten, als die Heftigkeit des Meeres! Der Wind lag immer höher und sein tödlicher Silberner Schein lag heller und verklärter über der Veranda, als das gebämpfte Regenlicht aus den gemalten Fenstern herein. Es entstand eine Pause, denn Herbert hatte zu sprechen aufgehört, weil er viel erzählt hatte und müde, Silvia blühte er müde sein. Sie sah sich in den Garten hinaus. Noch da mochten immer Meeresglocken von der Vegetation blühen denn sie empfand, die diesen Heißigen Wälder der heißen händen blühen da und redeten sich in den mannigfachen, klarsten Formen nieder. Die Klimastunden mit ihrem unheimlichen, gesagten Platzwert waren zu wahren Räumen emporgeschoben. Von den Kronen der hohen, schlanken, lahlen Baumköpfe hing oben aus gelagten Früchten weiche Baumköpfe gleich seinen, überzogenen Strahlen herab. Im eine Laube blühte ein Meer von weißem und niedrigen Palmenblumen und der Wang-Wang dazwischen heranküßte durch die Nacht. Silvia dachte an jenen Abend, als sie zum ersten mal hier lag, als sie in dem Zimmer John Meers Stimme im Gespräche mit Ignazio hätte und eine Aut von ihrem Erfinden, Zweifel, Hoffnung sie überwogte. Damals, wie sie hier abwesend gegen Herbert, kompromittiert, selbstgerecht hier lag, ahnte sie nicht, daß sie einst große Unterstützung an John Meers denken würde, daß sie einst krank und müde neben Herbert mit dem Gefühl läge, sie bezweife und habe ihm viele abzufragen.

Als er ihr die Hand bot, hielt sie diese plötzlich fest und richtete sich auf.

„Und wenn du wieder kommst, und wenn ich wieder gesund bin — dann werden wir uns trennen, Herbert?“
„Dann werden wir uns trennen?“ wiederholte er beinahe launghlos.

Sie hielt immer noch an diesem schredlichen Worte fest, jetzt, wo er gläubte und hoffte, daß sie anders geworden sei? Aber als er sich herabbeugte, sah ihm an, daß sie sehr bleich war und daß ihre schmerzlichen Augen traurig und fragend aus dem Dunkel gemordener Gesichte zu ihm aufblitzten. Es war sein Zeug mehr, der aus ihr sprach. Aber weil er über ihre Frage nicht hinwegkam, wiederholte er sie nochmals.

Sie ließ seine Hand sinken, aber sie hielt seinem Wille stand, als sie nun antwortete: „Weißt du nicht mehr, was du mir sagtest, als du mich zur Rede stelltest — daß das Leben unentzählich für dich sei, weil du dein Vertrauen zu mir verloren hastell.“ — Und dein Vertrauen hätte ich zu mir verloren, weil die über den Frieden und mich häufig ausgeführt werden war. Du weißt damals empört über mich, du sagtest, du liebst mich frei und du bereuist, daß du mich damals am Hochzeitsabend gezwungen hättest, zu bleiben. Dann kam die Katastrophe, und in deinem großen Mitleidsfühlte halt du mich in der letzten Wunde weise geehret und mich hier pfeifen lassen. — Aber jetzt, wo ich wieder bald gesund sein werde — da ist es mein feiner Wille, bald mit dir zu gehen — und bewegen habe ich mich gezwungen, so bald wie möglich wieder auf eigenen Füßen zu stehen.“

„Aber warum tust du das, Silvia?“ hat man dich nicht forsam gelehrt, hat man es ein etwas schon lassen?“
„O nein!“ erwiderte sie mit leiser Bitterkeit, „man hat mich forsam gelehrt, aber das war doppelt bitter, für mich in dem Bewußtsein, nur noch eine Gekuldete hier zu sein, die man aus Menschlichkeit gut behandelt. — Aber wenn du wieder zurückkehrst, dann sollst du mich nicht mehr hier vorfinden und meine Gegenwart soll dich nicht mehr quälen“, sie sprach immer schneller und immer häufiger, wie um ihrem Wanne jede Einrede unmöglich zu machen, „das alles habe ich dir sagen wollen, es du abstehest, daß du nicht denkst, ich hätte mich wie ein Dieb in der Nacht fortgeschoben, wenn du mich nicht mehr nachsiehst.“

„Nein, Silvia, ich lasse dich nicht gehen!“ unterbrach er sie häufig, er suchte nach den rechten Worten, weil so mancherlei Empfindungen auf ihn einwirkten.

„Ich kann den Gedanken nicht ertragen, hier eine Gekuldete zu sein!“ Sie lehnte sich zurück und drückte den Kopf unruhig an die Lehne des Stuhls; sie preßte die Hände ineinander und schloß die Augen, wie um seinem Blicke auszuweichen.

Ein kurzes Schweigen folgte.
Herbert betrachtete sie stumm und sann, wie er nun alles wenden sollte. Sie war ja noch krank, er sah, wie die Bewegung ihren geschwunden Körper durchließ! Und Erregungen sollten ihn fern gehalten werden. Da begann sie von neuem: „Wenn ich auch heute bewußtlos war und wenn ich auch noch jenem Falle in diesem traumhaften Hindernisse nichts von mir weiß — die Erinnerung an deine jonnige Ansprache unmittelbar vor dem Erdbenen steht in allen Einzelheiten vor mir. Ich weiß auch, daß ich es damals nicht über die Lippen brachte, dir zu sagen, warum ich dich nicht geland, daß ich John Meers schon kannte, als du ihn einführtest.“

Herbert beugte sich hinab, denn er sah, daß Silvia sich aufrichtete, sie sah sich zu ihm herüberneigte. Das, was sie nun sagen wollte, war noch so schwer, daß sie nur leise und nur um es sagen wollte.

„Heute will ich es dir sagen, ehe wir uns trennen, ehe wir uns verabschieden; denn ich will nicht, daß du nach jener häßlichen Einführung mit Unwissenheit an mich denken sollst; ich hielt es nicht mehr nötig, dir zu sagen, daß du selbst den Mann eingeführt hättest, den ich liebte, denn dein Bild mußte für mich erlöschen und ich hatte mich mit ganzer Überzeugung schon von ihm abgewandt. An jenem Abende hind mir Augen und Herz über deine Niedertrachtigkeit ausgegangen. Ich habe empfunden, daß ich meine Liebe einem Unwürdigen geschenkt hatte, daß für ihn meine Stellung nur ein Spiel war. Glaube mir, ich habe in dieser Erkenntnis so schwer und bitter gelitten, daß ich mich schämte, von seiner Unwürdigkeit zu sprechen, als du mich damals plötzlich und unvorhergesehen zur Rede stelltest. Ich schämte mich, weil eine Meinung von deiner Seite in unserem Zusammenleben in mich aufgehen war, weil ich dir, befangen in meiner Torheit, häufig begegnet war. Und deswegen griff ich zu — als du mit dem Weg jonnig frei geben wolltest.“

„Deswegen?“ fragte Herbert leise zurück, „deswegen, Silvia, und nicht, um für jenen anderen wieder frei zu werden?“ Er griff ihre Hand. „Und dein Herz gehört nicht mehr ihm?“

(Fortsetzung folgt.)

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 15. März.

Das Abgeordnetenhaus hat heute einen konservativen Antrag auf Einführung eines Notparagrafen zu dem Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1918 der Staatsbankrott-Kommission überwiegen.

Sodann wurde die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums mit der

Befreiung der Teuerungszulagen

fortgesetzt. Nach einer Entschließung der Kommission soll das Haus sich mit der von der Regierung in Aussicht gestellten Befreiung einverstanden erklären und entsprechend einen Antrag Braun (Soz.) die Regierung um angemessene Erhöhung der Lohnsätze der nicht im Beamtenverhältnis stehenden Angestellten der Eisenbahnverwaltung ersuchen.

Finanzminister Dr. Siegel: Mit Rücksicht auf die verschiedenen Teuerungszulagen in den Großstädten und Industriebezirken und den übrigen Landesteilen glaubt die Regierung an die Einführung der Teuerungszulagen festhalten zu müssen. Im ganzen wird die Regelung auch durch die Beamtenverbände gestützt. Wir hoffen, daß auch die Kommunen sich möglichst dem Vorgehen des Staates anschließen werden. Die Regierung hat gegen den Zusammenschluß der Beamten nicht einzuwenden und betrachtet die Beamtenvereine als verhandlungsfähig womit freilich nicht gesagt ist, daß sie den Anträgen und Wünschen der Beamten von vornherein zustimmt.

Ministerialdirektor Hoff: Für die Arbeiter der Eisenbahnverwaltung ist vom 1. April ab eine Lohnserhöhung von 12 Prozent pro Monat vorgesehen. (Bravo!)

Abg. Delfs (Kath.): Die Teuerungszulagen müssen der wesentlichen Teuerung hinreichend angepaßt werden. Mit dem Prinzip der Teuerungszulagen können wir uns nicht einverstanden erklären.

Abg. Seb (Ztr.): Wir begrüßen es als eine wichtige Steuerung, daß der Minister bei der Vorbereitung und Regelung der Teuerungszulagen sich mit den Beamtenverbänden in Verbindung gesetzt hat. Die Pensionäre müssen ebenfalls angemessene Teuerungszulagen erhalten. Die Gewerkschaften dürfen bei Bemessung der Teuerungszulagen nicht schlechter gestellt werden als die Staatsbeamten. Wir wünschen, daß die Beschlüsse dieser Teuerungszulagen erhalten wie die Beamten.

Abg. Seibert (L. S.): Wir sind erfreut über die Erhöhung der Löhne der Eisenbahnarbeiter, aber wir fordern eine erhebliche Lohnserhöhung für alle Staatsarbeiter.

Abg. Dellus (Vorlitz. Volksp.): Die Mißstände unserer Regierung an den Ernährungs- und Preisverhältnissen ist unangenehm und hat erst die Kriegszulagen nötig gemacht. Der Staat muß als vorbildlicher Arbeitgeber sich zuerst und zur rechten Zeit seiner sozialen Pflicht erinnern. Die früheren Zulagen wurden ohne Anhörung der Beamten von der Verwaltung selbst festgesetzt. Das ist jetzt anders gemacht und in Zukunft dabei bleiben soll. Ich bin bemerkenswerter Schritt des neuen Finanzministers. Wir wünschen, daß auch weiterhin so vorgegangen wird. (Beifall links.) Ich muß hervorheben, daß der neue Finanzminister sehr viel Verständnis und festes Empfinden hat, und ich meine, daß der Minister noch weiter gegangen wäre, wenn nicht das Reichshauptamt gebremst haben würde. (Hört, Hört.) Das muß ich feststellen gegenüber den Neuerungen im Hauptausfluß des Reichstages. Leider hat man den sozialen Gedanken hin im Augenblick abgegeben, die Zulagen gleich aber für die höheren Besoldeten geringer als für die unteren Beamten zu machen. Dem jetzigen System wäre der frühere Zustand vorzuziehen. Von den beschleunigten Änderungen bei der Kriegszulage hat der Ausschuß die Regierung abgelehnt. Dadurch würde die Unübersichtlichkeit noch erhöht werden. Wenn wir auch die Gleichheit der Zulagen nicht durchgesetzt haben, so freuen wir uns doch, daß der Abstand zwischen höheren und niedrigen Beamten verringert worden ist.

Die Einteilung nach Teuerungszulagen bedauern wir.

Die gleichmäßige Behandlung aller Orte war bisher und mit Recht Grundgesetz. Die Ermittlung von teuren und weniger teuren Orten ist sehr schwierig. Die Wohnungsbeschaffenheit, die als Maßstab angesehen werden. Beruhen auf den Mieten und haben mit der Teuerung nichts zu tun. Man müßte recht viele Orte zu den teuren zählen und so dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Beamten nicht allzu groß wird. Die Regierung für die Pensionäre ist zwar ein Fortschritt, aber sie kann uns nicht befriedigen. Man sollte den Pensionären mindestens 75 Prozent fast 50 Prozent der Teuerungszulage gewähren.

Am schlimmsten ist die Lage der Altpensionäre.

Als wir vor einem halben Jahre beantragten, Staatsrenten für die Gemeinden zur Gewährung von Zulagen zu bewilligen, lehnte das Zentrum unseren Antrag ab. Jetzt bringt Dr. Siegel diesen Antrag als seinen Antrag wieder ein. (Hört, hört bei der fortgeführten Volksp.) Die heutige Zulage der Eisenbahnverwaltung müßte auch bei den anderen Staatsverwaltungen vermindert werden, besonders bei der Justiz. Wir wünschen nicht, daß die Grundzüge dieser Kriegsmassnahmen für die künftige Befreiungsgesetzgebung übernommen werden. Die Beamtenverträge erkennen die Neuregelung dankbar an, wenn sie auch lange kein Ausgleich gegen die Teuerung ist. Von der langen Dauer des Krieges hat kaum ein Staat im Laufe seiner Geschichte so viel soziales Verständnis und so viel fortschrittlichen Geist gezeigt, wie er es jetzt zu unserer Freude getan hat. (Beifall links.)

Die Abg. Dr. Gottschalk (Nat.) und Dr. Wagner (Zentr.) sprechen sich im wesentlichen gegen die Einführung von Teuerungszulagen aus.

Schließlich werden die Anträge der Kommission angenommen.

Morgens 12 Uhr Weiterberatung des Etats des Finanzministeriums und des Etats der direkten und indirekten Steuern

Der Reichskanzler und die rumänische Judenfrage.

Eine befriedigende Lösung.

WTB. Berlin, 15. März. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Vorstandmitglieder der neuerrichteten Reichsunion jüdischer Praxen in den Reichstagen, um die Wünsche der jüdischen Juden wegen einer Regelung des rumänischen Judenfrage im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Warschau vorzutragen. Nach Anhörung der eingehenden Darlegungen der Herren erklärte der Reichskanzler, daß die leitende Regierung an einem befriedigenden Regelung der rumänischen Judenfrage Interesse nehme und sie bereits zum Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen der in Warschau stattfindenden Friedensverhandlungen gemacht habe.

Der Fall Daimler im Hauptausfluß.

Erzberger nennt die Rundgebungen der Daimler-Gesellschaft „bewusste Unwahrheiten“. Das Verlangen nach Preisserhöhungen. — Der Fall Behr-Pinnow.

Der Hauptausfluß des Reichstages setzte am Freitag die Aussprache über den „Fall Daimler“ fort. Der Zentrumsaltsabgeordnete Dr. Witzler gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Unterredung sowohl den Fall Daimler wie die anderen Fälle reiflos auflösen möge. Man dürfe nicht verkennen, daß die Preisgewinne der Industrie zum Teil durch die Gefährdung geradezu gezeitigt worden sind, so durch die Maßnahmen, die mit der Beschlagnahme zusammenhängen. Auch das Nebeneinanderarbeiten so vieler Kriegsausfluße müßte verwehrend wirken.

Abg. Erzberger (Zentr.): Der Reichstag sollte noch vor Ostern gegen die geräuschvolle Agitation draußen Stellung nehmen. Die Rundgebungen der Daimler-Gesellschaft enthält bewusste Unwahrheiten. Warum weicht sich das Kriegsmaterial nicht gegen Behauptungen, die die Richtigkeit seiner eigenen Erklärungen bestreiten? Die Erklärung der Daimler-Werte

versteht die Sachlage.

Eine unverschämte Lüge ist es, zu behaupten, sie hätten nicht eine 10prozentige, sondern nur eine 10prozentige Preisserhöhung gefordert. Oder ist etwa nicht wahr, was das Kriegsmaterial müßte nicht? Die Daimler-Werte rechnen mit der Erkenntnis des Publikums. Der Reichstag sollte sich

bedarftige Maßnahmen nicht gefallen lassen

und das Kriegsmaterial erst recht nicht; das ist es sich und uns schuldig. Ob das Verlangen auf die Anleihe eines entlassenen Beamten zurückzuführen ist, ist ganz gleichgültig; dem Reichstage müssen zur Bildung eines Urteils die Mitteilungen der amtlichen Stellen genügen. Daimler ist von jedem gebildeten Menschen über der Hand zu erkennen, wenn er den Schein über den Kauf des Reichstages ungedachte Korridore gegen die Industrie erhobenen habe. Das ist von keiner Seite gesehen. Nach diesem Verhalten aber sollte man erwarten, daß die Industrie schon genug gesagt hat. Niemand hat die gesamte Industrie angegriffen. Ja, aus den Kreisen der Textilindustrie ist sogar die Einführung von Höchstpreisen für Wolle verlangt und durchgeführt worden, um eben Verachte ungedachter Gewinn zu vorzubeugen. In der Tat müssen auch für die übrigen Höchstpreise festgesetzt werden; denn die gegenseitigen Holzapfelle z. B. sind ganz ungedacht.

Abg. Graf Westarp (Kath.): Die Behauptung einzelner Blätter, daß der Abg. Schiele des Verfalls der Daimler-Werte in Schuß genommen habe, ist unrichtig. Schiele hat nur vor Preisermittlungen gewarnt und zum Abwarten genahmt bis zur vollen Ausfertigung des Falles. Selbstverständlich müssen Auswäse mit allen Mitteln ausgetrotet werden. Auch im

Falle Behr-Pinnow

schwebt ja das Verfahren noch. Sind die Erklärungen des Kammerherrn richtig, so bleibt nur der Vorwurf nachlässiger Beaufsichtigung an ihm haften. Im Falle Daimler ist der Vorwurf des Betrugs noch nicht erwiesen; bis dahin muß man daher auch zurückhalten. Anders liegt es mit der

Drohung, den Betrieb einzuschließen,

und mit den Preisforderungen. Hier klopfet ein Widerspruch zwischen den Erklärungen der Daimler-Werte und den Angaben der Militärverwaltung. Dem Reichstage muß das volle Material unterbreitet werden. Also hohe Verdienste sind zu verurteilen, und es muß alles gegeben, um Ueberpreise zu verhindern. Wir müssen verlangen, daß die Preisfestsetzungen sorgfältig geprüft werden, was im Falle Behr-Pinnow nicht gegeben zu sein scheint. Aber wir wollen uns in allen diesen Fällen vor allzu schnellen Urteilen hüten.

Abg. Stöbe (Nat.): Die Sachmäßigkeit, mit der die Daimler-Werte Preisforderungen verlangen, ist geradezu verwunderlich. Gewiß ist es nicht leicht, jeden einzelnen Fall klar zu sehen. Aber dem Unterstaatssekretär lag doch zum Teil amtliches Material vor! Was dem Protokoll geht hervor, in welcher Weise die Heranzurechnung bei Daimler auf eine Serbefreiung der Preise gedrängt hat. Kommerzentrat Berge gab die Höhe der Gewinne ohne weiteres zu, hielt sich aber seinen Aktionären gegenüber angeblich für verpflichtet, an den hohen Preisen festzuhalten. Die Behauptung der Daimler-Werte in der Presse, sie hätten freiwillig eine Kalkulation eingebracht, ist unvereinbar mit den Feststellungen des Protokolls des Untersuchungsausschusses. Wie kommen die Werte zu der Behauptung, nur einen Ausschlag von 10 Prozent verlangt zu haben? Die Akten weisen nach, daß

tatsächlich 50 Prozent verlangt

worden sind. Die Gesellschaft hat diese Preisserhöhung auch kipp und klar für die Herstellung ihrer Motore verlangt, trotz der ungeheuren vorjährigen Gewinne, die gelasteten, 80 Millionen Mark aufzuschreiben und hohe Dividenden an die Aktionäre zu verteilen. Die Gesamtheit der Industrie hat von keiner Seite angegriffen werden. Die Industrie wird sich auch hüten, sich mit dem Unterstaatssekretär zu identifizieren. Tatsächlich gibt es auch Fälle, wo man nachzuweisen kann, daß zu niedrige Preise gefordert worden sind. Man fragt, wozu wir kommen, wenn wir den künftigen seinen Verdienst wieder fortnehmen? Das will niemand, hier aber handelt es sich nur um übermäßige Gewinne. Der Löwenanteil der Produktion und des Gewinns entfiel bei Daimler

auf den 100 pferdigen Motor. Das Recht erkennenmäßig fest, und das Empfinden die

Das unangesehene Bohren nach höheren Preisen trotz tiefer Gewinne und die Drohung mit der Betriebseinstellung. Daß die Gesellschaft die Vorlegung der wichtigsten Bilanzposten aus rechtlichen Gründen verweigert hat, ist offenkundig. Ein Rechtsmittel, die Werte dazu zu zwingen, es gibt bisher nicht, und daher haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, der Haste hätte schon vorzulegen soll. Die Beschlagnahme der Bücher hätte schon vor zwei Jahren erfolgen müssen. Die in der Öffentlichkeit gegen den Hauptausfluß und gegen den Untersuchungsausschuss erhobene Korruption ist ungerechtfertigt. Selbstverständlich muß das ganze Material noch einmal gründlich geprüft werden. Aber schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen genügen für eine Urteilsfällung, ebenso ohne weitere gerichtliche Feststellungen der Fall Behr-Pinnow.

Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an

das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

Der Ausschussvorsitzende Abg. Behrbaum meinte, daß es zweckmäßig wäre, wenn die Anträge des Ausschusses möglichst bald an das Plenum gelangen würden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Hauptausflusses des Reichstages über den Fall Daimler führte Abg. Woste (Soz.) aus, daß keine Partei kein Bedürfnis nach einer weiteren Aussprache im Ausschuss habe. Es dürfe nur wenige Menschen geben, die an das harmlose Gemälde des Kammerherrn von Behr-Pinnow glaubten. Schon die bis jetzt festgestellten Tatsachen besäßen einen anderen als harmlosen Charakter. Wir verlangen auch Nachfragen des Untersuchungsausschusses. Generalmajor a. d. Ruhestand erklärte sich im Namen des Kriegsmaterials berechtigt, im Reichstage in einem Erklärungen über diese Angelegenheit abzugeben.

rumänischen Judenfrage im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Warschau vorzutragen.

Nach Anhörung der eingehenden Darlegungen der Herren erklärte der Reichskanzler, daß die leitende Regierung an einem befriedigenden Regelung der rumänischen Judenfrage Interesse nehme und sie bereits zum Gegenstand von Verhandlungen im Rahmen der in Warschau stattfindenden Friedensverhandlungen gemacht habe.

Vertreter der Rigger Kaufmannschaft in Berlin.

WTB. Berlin, 14. März. Die hier anwesenden Vertreter der Rigger Kaufmannschaft waren von Kriegsausfluß der Deutschen Industrie am 14. d. M. zu einer Begrüßung ins Hotel Wloow eingeladen. Namens des Kriegsausflusses der

Deutschen Industrie begrüßte Reichstagsabgeordneter Dr. Strejeman die Rigger Herren. Er sagte:

Wir begrüßen den Tag, an dem wir Ihnen die Hand reichen können zum künftigen gemeinsamen Wirken innerhalb des großen Deutschlands der Zukunft. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die herbeiführende Stellung Riggers in der Mitte Ihnen ein solches Wirken möglich machen solle, um so zu verhalten, daß Kriegsergebnisse und -Begeben in Not geraten. Nichts Stimm Sonnabend: Anwartsrechte Angelegenheiten.

